

# Der grosse Ärger über den Finanzausgleich bleibt

georg schmidt

Kaum sind die Vorschläge für eine Belastungsgrenze der Gebergemeinden in der Vernehmlassung, kommen neun Unterbaselbieter Gemeinden mit einem weiteren Vorschlag zur Neugestaltung des Finanzausgleichs.

In der vergangenen Woche wurden die Grundzüge eines neuen horizontalen Finanzausgleichs in die Vernehmlassung geschickt – mit dem Ziel, die Zahlungen der Gebergemeinden nach oben zu begrenzen (die BaZ berichtete). Jetzt wollen neun dieser Gebergemeinden erreichen, dass auch die Zusatzbeiträge gestrichen werden. Deshalb planen Allschwil, Arlesheim, Biel-Benken, Binningen, Bottmingen, Oberwil, Pfeffingen, Reinach und Schönenbuch eine Gemeindeinitiative.

20 Franken. Mit den Zusatzbeiträgen werden in einer zweiten Verteilungsrunde die 36 Gemeinden mit der tiefsten Steuerkraft gestützt. Eine Gemeinde erhält maximal 200 000 Franken; die Zusatzbeiträge werden von allen 86 Gemeinden mit einem Beitrag von rund 20 Franken pro Einwohner finanziert.

«Wir begrüssen die Korrekturen, wie sie nun Gestalt annehmen sollen», sagt der Allschwiler Gemeindepräsident Anton Lauber, «wir meinen aber, dass der Finanzausgleich immer noch so grosszügig bemessen ist, dass es keine Zusatzbeiträge braucht.»

Ob dieser Vorschlag aus den finanzstarken Gemeinden des Unterbaselbiets bei den Nehmergemeinden in den ländlichen Kantonsteilen gut ankommt, wird sich weisen müssen. «Wir wollen die Solidarität nicht infrage stellen, sie soll aber auch nicht überstrapaziert werden», sagt Lauber.

grosse erwartungen. Die Frage, ob der Finanzausgleich allenfalls überkommene Strukturen aufrechterhalte, sei nicht direkt angesprochen worden, als es um die Zusatzbeiträge ging, so Lauber auf eine entsprechende Frage. Das Problem sei anders gelagert: «Auch wir im Unterbaselbiet müssen trotz hoher Finanzkraft bei unseren Projekten haushälterisch wirtschaften – ausserdem sehen wir uns mit vielfältigen Erwartungen an ein städtisches Dienstleistungsangebot konfrontiert.»